Nr. 74 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 37

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Montag, den 14. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Simons über die Londoner Konferenz.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, der Sonntag zum Besuch der württembergischen Regierung eingetroffen ist, sprach am Vormittag vor mehr als 1000 Personen, darunter den württembergischen Ministern, den Vertretern aller Organisationen und Spitzenverbände der Beamten, der Arbeiterschaft, des Handels, der Industrie usw. über die politische Lage, wie sie durch die Pariser Noten und die bevorstehenden Londoner Verhandlungen gekennzeichnet ist.

Der Minister begrüßte zunächst die Gelegenheit, die ihm geboten werde, vor einem süddeutschen Publikum die brennendste Tagesfrage zu besprechen und sich davon zu überzeugen, ob

die Stellungnahme der Reichsregierung

auch im deutschen Süden den Beifall der Bevölkerung finde. Ueber die Stellungnahme selbst seien in letzter Zeit Zweifel entstanden, besonders infolge der Annahme der Einladung nach London. Diese Zweifel seien unbegründet. Die Erklärung, die der Minister im Reichstag abgegeben habe, bestehe vollkommen zu Recht. Eine nähere Prüfung der Pariser Beschlüsse habe das damals gefällte Urteil nur bestätigen können. Auch durch die zahlreichen Reden, die leitende Staatsmänner der Entente in den letzten Wochen gehalten hätten, sei die Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse nicht erwiesen worden.

Der Minister setzte sich hierauf insbesondere mit den Reden von Lloyd George, Briand und Graf Sforza auseinander. Er bemängelte, daß keiner dieser Staatsmänner es für der Mühe wert erachtet hätte, aus dem Material der Brüsseler Konferenzen den Nachweis auch nur zu versuchen, inwieweit Deutschland zur Zahlung der ungeheuerlichen festen Annuitäten von 6 Milliarden Gold jährlich fähig sei. Keiner habe praktisch dargelegt, wie man sich solche Leistungen finanztechnisch und wirtschaftstechnisch zu denken habe. Stattdessen habe man nur

völlig phantastische Ziffern

über die künftige Höhe des deutschen Exports gebracht, für die jede, auch nur die geringste Unterlage fehle.

Ueber die zwölfprozentige Ausfuhrabgabe seien die verschiedensten Ansichten zutage getreten, die vielfach in völligem Widerspruch zueinander ständen. So werde z. B. die Ausfuhrabgabe von der einen Seite deshalb als besonders nützlich auch für Deutschland angepriesen, weil sie die deutsche Ausfuhrindustrie vor differenziellen Einfuhrzöllen der anderen Länder schütze, während eine zweite Ansicht dahin gehe, daß die Abgabe überhaupt unmittelbar mit dem Export nichts zu tun habe, sondern lediglich eine nach der Exporthöhe berechnete und von den deutschen Steuerzahlern allgemein zu tragende Zusatzannuität bedeute. Beide Auffassungen seien, wie der Minister nachwies, gleich unvereinbar mit den Interessen nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern des internationalen Verkehrs überhaupt.

Die bisherige Debatte habe nur eines mit voller Klarheit ergeben, daß

die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages

die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen ersetzt werden müßten. Die neue Lösung könne aber nicht diktiert werden, sie müsse vereinbart werden. Da die Hauptlast der Aufgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu gewinnen. Die deutsche Regierung habe ihre Verpflichtung zur Erfüllung des Friedensvertrages grundsätzlich anerkannt, und sei auch von der Notwendigkeit überzeugt, daß das deutsche Volk, indem es sich für die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles entschied, es auf sich genommen habe, bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten. Die deutschen Gegenvorschläge würden zeigen, daß Deutschland seine Pflicht ernst nehme. Es werde sich bemühen, Vorschläge zu machen, die zwar nicht mit phantastischen Ziffern prunkten, aber den Vorzug hätten, praktisch durchführbar zu sein, und die dringendsten Bedürfnisse der alliierten Länder zu befriedigen.

Der Redner schilderte diese Bedürfnisse im Anschluß an die französische Kammerdebatte und an die Rede des englischen Ministerpräsidenten. Er charakterisierte die durch das große Defizit hervorgerufene finanzielle Notlage Frankreichs und die Sorge Englands vor der Konkurrenz der deutschen Industrie. Aus diesen Bedürfnissen und Sorgen heraus müssen

die deutschen Gegenvorschläge

gestellt werden. Ueber deren Inhalt erklärte der Minister, keine näheren Angaben machen zu können, da die Prüfung der Sachverständigen noch in vollem Gange sei. Er beschränkte sich deshalb darauf, darzulegen, welche Fehler der Pariser Vorschläge nicht wiederholt werden dürften. Der Hauptfehler sei der, daß die Pariser Konferenz die Aufgabe zu sehr als ein finanzielles Problem und zu wenig als Produktionsproblem angefaßt habe, daß sie völlig unterlassen habe, die Wirkungen der von Deutschland geforderten finanziellen Leistungen auf den Produktionsprozeß der Welt zu untersuchen.

Aber auch die finanziellen Bestimmungen als solche seien unpraktisch, da eine Mobilisation der Annuitätenschuld nicht möglich sein werde. Abgesehen von ihrer langen Dauer seien die Annuitäten auch wegen der Unsicherheit über die Art ihrer Zahlung als Grundlage eines Kredits ungeeignet, denn im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen des Friedensvertrages könne man nie wissen, in welchem Umfange sie in bar, in welchem durch anrechnungsfähige Sachleistungen beglichen werden würden. Was die europäische Gesamtwirtschaft brauche, nämlich eine große internationale Anleihe zum Zweck ihres Wiederaufbaues, insbesondere des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und zur Heilung der sonstigen Kriegsschäden, sei nur erreichbar, wenn man eine ganze Anzahl der komplizierten Bestimmungen des Friedensvertrages durch einfache und klare Finanzverpflichtungen ablöse.

Weiterhin bedürfe es einer Verständigung über die Bedingungen, unter denen der deutsche Export, die einzige dauernde Quelle für deutsche Zahlungen, gesteigert werden könne, ohne sich selbst sowohl wie die Industrie der übrigen Staaten aufs schärfste zu gefährden. Die zwölfprozentige Exportabgabe sei dazu jedenfalls das allerungeeignetste Mittel. Man solle darüber die industriellen Sachverständigen der beteiligten Länder in unmittelbare Verhandlungen eintreten lassen. Endlich aber müsse

das technische Problem des Wiederaufbaues

der zerstörten Gebiete energisch angefaßt werden. Es gehe nicht an, daß Frankreich und Belgien jede technische Mitarbeit Deutschlands ablehnten, ohne selbst imstande zu sein, die Aufgabe zu lösen. Deutschland biete uneigennützige Hilfe an, es wolle weder Kolonien gründen, noch Baugewinne machen. Es habe nur nicht die Absicht, ungeheure Summen zu zahlen und zu verzinsen für Arbeiten, die es bereits mit sehr viel geringeren Kosten hätte ausführen können.

Der Minister erklärte, er sei sich bewußt, daß jeder Vorschlag, den die Deutsche Regierung mit gutem Gewissen machen könne, bei der Gegenseite einen ähnlichen Sturm der Entrüstung auslösen werde, wie er jetzt bei der Bekanntgabe der Ententeforderungen durch Deutschland gebraust sei. Das sei eben die Folge des Fehlers, zahlenmäßige Forderungen aufzustellen, ehe man den Versuch einer Verständigung über die wirtschaftlichen Unterlagen der Reparationspflicht zu Ende geführt habe. Hätte man das Brüsseler Programm zuerst verwirklicht, so wäre es vielleicht möglich gewesen, nach dem sogenannten Sendougschen Vorschlag zu einer vorläufigen Regelung der deutschen Leistungen zu gelangen; jetzt sei das ausgeschlossen, weil das deutsche Volk hinter jedem Provisorium die ungeheure Zahl der Goldmilliarden wie ein Gespenst aufsteigen sehe. Es erscheine undenkbar, daß der Reichstag ein solches Abkommen annehmen werde.

Die Annahme jedes Abkommens, das in London geschlossen werden kann, durch die deutschen gesetzgebenden Körperschaften erklärte der Minister für notwendig, weil darin eine

Aenderung des Friedensvertrages von Versailles

und daher der Reichsgesetzgebung enthalten sei. Die Gegner hätten ja anerkannt, daß ihre Vorschläge vom Friedensvertrag abwichen. Der französische Ministerpräsident habe das schärfste Urteil über diesen Vertrag gesprochen, das bisher überhaupt gefällt worden sei: Er sei nicht lebendig. Dieses Urteil erscheine dem Redner zu hart, weil der Vertrag in vielen seiner schwersten Bestimmungen nur allzu wirksam sei. Aber darin habe Briand Recht, daß gerade die Reparationsbestimmungen sich als lebensuntüchtig erwiesen hätten. In der Tat hemmten sie den wirtschaftlichen Aufschwung ebenso bei den Reparationsgläubigern wie bei dem Reparationsschuldner. Sie bedeuteten eine bureaukratische, nicht eine geschäftsmäßige Lösung und müßten deshalb durch eine bessere ersetzt werden. Diese Erkenntnis unserer Gegner, daß das Werk von Versailles veränderungsbedürftig sei, bilde einen Aktivposten in der Bilanz der Pariser Konferenz.

Die Schwierigkeiten einer richtigen Abänderung des Vertrages werden nach Meinung des Ministers dadurch vergrößert, daß die Basis der Verständigung nicht breit genug gewählt worden ist. Bei der überragenden Stellung, die sich die Vereinigten Staaten von Amerika als Gläubiger der Entente und als Rohstofflieferant für die europäische Industrie mit Recht für die Reparationsfrage beimessen könnten, erscheine es auffällig, daß die Londoner Konferenz auf einen Zeitpunkt angesetzt sei, in dem die amerikanische Regierung nicht in die Debatte eingreifen könne. Vermutlich sei der Druck, den

die Nähe des 1. Mai

auf die Reparationskommission ausübe, für die Beschleunigung der Konferenz entscheidend gewesen. Ebenso nachteilig wie das Fehlen Amerikas werde sich auch die ungeklärte Lage im Osten für eine dauerhafte Lösung des Reparationsproblems geltend machen. Wenn die Gegner damit rechnen, daß Deutschland durch gesteigerten Export Riesensummen für die Reparation verfügbar stellen werde, so müßte ihnen daran liegen, die deutsche Industrie, statt auf ihre eigenen Märkte, auf die des Ostens hinzulenken. Stattdessen habe es den Anschein, als ob man auch hier zu einer Erdrosselungspolitik greife, wie sich aus der Vereitlung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit den Oststaaten ergebe. Das Problem werde nicht groß genug und nicht einheitlich genug aufgefaßt. Man könne ihm nur beikommen, wenn man statt der Gedanken der Strafe und der Konkurrenz die Gedanken der Hilfe und der Solidarität in den Vordergrund stelle.

Zum Schluß forderte der Redner die Zuhörer auf, jeder in seinem Kreise dahin zu wirken, daß die einheitliche Stimmung, mit der bisher das deutsche Volk den Pariser Beschlüssen gegenübergetreten sei, nicht im Streit über Einzelheiten gefährdet werde, sondern daß die Männer, die Deutschland zu vertreten haben würden, sich dabei getragen fühlten von der einmütigen Unterstützung ihrer Volksgenossen.

Die mehr als einstündige Rede wurde vielfach von Zustimmung und Beifall unterbrochen. Der Beifall steigerte sich namentlich, als Dr. Simons erklärte, daß die deutsche Reichsregierung an ihrer Stellungnahme zu den Pariser Beschlüssen festhält, wie sie diese im Reichstage dargelegt hat, und daß die feindlichen Vorschläge indiskutabel bleiben. Als der Minister mit der Aufforderung um Unterstützung der Regierung und seiner Person zu den Londoner Verhandlungen schloß, setzte minutenlanger Beifall ein.

Vom preußischen Wahlkampf.

Pommersche Wahlblüten.

Aus Vorpommern schreibt uns ein Genosse:

Hier arbeiten die Deutschnationalen jetzt nur noch hunderttausendmarkweise. In den letzten Tagen wurde von ihnen rund ein Dutzend Flugblätter verbreitet. Sie sind auf jedes Spezialinteresse zugeschnitten, im besonderen wenden sie sich an die Frauen. Dabei wird mit Mitteln, Behauptungen, Lügen und Verleumdungen gearbeitet, die nur als planmäßige und bewußte Erziehung zur Verrohung aufgefaßt werden kann.

Ein deutschnationales Flugblatt schreibt in zentimetergroßen Lettern:

Nieder mit der Reaktion, die Preußen zerstören will!
Nieder mit der Reaktion, die in den Sumpf der Kleinstaaterei führt!

Ein anderes schimpft:

„Wer hat die Zeitungen in Händen, wer will Euch leiblich und seelisch verderben?"

Und das dritte fordert die Bauern auf, sich von den Parteien zu befreien, die den Hafer um ein Spottgeld beschlagnahmten, die die Kunstdüngerpreise so hoch trieben und die Bauern durch Verordnungen fast zur Verzweiflung gebracht haben!

Ja, sind die Verordnungen nicht ein patriotisches Kriegsgewächs? Die verrückte Haferwirtschaft, die Kunstdüngerverteuerung, sind das nicht Blüten, die nach dem 6. Juni 1920, nach der „Befreiung von den roten Ketten" wuchsen? Man spekuliert hier, und wahrscheinlich nicht nur hier, auf die Dummheit und Vergeßlichkeit.

Die bösartigsten Lügen werden aufgetischt. So schreibt man:

Seit der Revolution hat nichts so sehr den Wiederaufbau der Landwirtschaft gehindert, wie die Pionierarbeit des Landwirtschaftsministers für den roten kommunistischen Landarbeiterverband. Um seine Pläne zu fördern, sollte auch Bauern die Verordnung des Genossen Braun vom 2. September 1919 von Haus und Hof vertreiben. Ihr sollt wehrlos den gutbezahlten Agitatoren des Landarbeiterverbandes ausgeliefert werden. Deshalb wehr' dich, Bauer, und schicke den Buchdrucker Braun in die Rüben!

Werden die Verleumdungen für den Verbreiter offensichtlich gefährlich, dann segeln die Deutschnationalen unter falscher Flagge. Sie verbreiten jetzt z. B. folgenden Handzettel:

Genossen und Genossinnen, lest!

Der sozialdemokratische ehemalige Polizeipräsident von Zürich, Rocher, der sich dieser Tage auf der Durchreise von Stockholm nach der Schweiz in Berlin aufhielt, kam in einer Gesellschaft auf die durch den Versailler Schmachvertrag für Deutschland geschaffenen Verhältnisse zu sprechen. Er äußerte dabei einem Berliner Beamten gegenüber:

„Wissen Sie, ich bin Sozialdemokrat, aber eines will ich Ihnen sagen: Solange sich das deutsche Volk so hundemäßig benimmt und sich so treten läßt, ist es wert, so behandelt zu werden. Das hat auch dazu beigetragen, daß wir Schweizer Sozialdemokraten weit von Deutschland abgerückt sind und keine Achtung mehr vor ihm haben. Wäre ich Deutscher, ich würde trotz meiner sozialistischen Parteiangehörigkeit als Protest eine schwar-weiß-rote Rosette tragen."

Deutsche Arbeiter, denkt nach!

Mit so plumpen Mitteln, denen man die Fälschung auf tausend Schritte ansieht, arbeiten die Deutschnationalen in Vorpommern. Dabei ist das von uns Abgedruckte nur eine kleine Gelegenheitslese aus der Bildungssaat, die jetzt die einzig wahren Vaterlandsfreunde in Preußen aufgehen lassen. Die Konservativen von ehedem haben nichts gelernt und alles vergessen. Ihre Schwindelarbeit setzen sie auch unter ihrer neuen Firma fort. Es liegt an den Wählern, ob sie auf so blöde Mache hereinfallen wollen, besonders nachdem die innere Hohlheit der Partei durch die Affäre Wulle-Helfferich-Korthoff-Mayer-Simon gerade in letzter Zeit aller Welt die Augen geöffnet haben müßte.

Der Fuchs im Eisen.

Aus München wird uns geschrieben:

Der Auszug der sozialistischen Linken aus dem Landtage beweist, wie wirksam die Aufhebung der parlamentarischen Gemeinsamkeit auf eine Regierung und deren Mehrheit ist, die sich taub und stumm gegenüber einer selbstverständlichen Forderung der Volksvertretung stellt. Seit Monaten verlangte die sozialdemokratische Fraktion eine vertrauliche Aussprache mit dem Ministerpräsidenten herbeizuführen, aber die von der Bayer. Volkspartei geführte Mehrheit wußte sie immer zu verhindern. Krankheit des Herrn v. Kahr, das kindliche Mittel zum Schwänzen der Schule, erschien auch den hinterwäldlerischen Politikern als ausreichend um eine große Partei im unklaren über die Ziele der bayerischen Politik zu erhalten. Immer zu rechter Zeit mußte der Ministerpräsident erkranken, einmal sich sogar den Fuß in Berlin verstauchen. Diesmal aber klappte das System zusammen. Das sozialdemokratische Ultimatum war um so berechtigter, als ein Ablatus des Kahr im Widerspruch zu der eine Stunde vorher kundgegebenen Entschuldigung des Herrn v. Lutz nun eine Erkrankung seines Herrn als Vorwand der Nichtbeantwortung der Interpellation aufstellte. Gegenüber einem so plumpen und ungeschickten Lügenapparat mußten die gewöhnlichen parlamentarischen Hilfsmittel versagen. Die sozialdemokratische Fraktion habe lange genug der Schieberpolitik der Heim-Pöhner und Escherich, als deren Vollzugsorgan die bayerische Regierung anzusehen ist, Langmut und Schonzeit erwiesen. Das Maß war voll zum Ueberlaufen. Die plumpen Hände großmannssüchtiger, in den Bahnen der alten Zentrumspolitik wandelnder Männer durften nicht länger ein Falschspiel treiben mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes. In Berlin Reichstreue mimen und in München in geheimen Konventikeln reichszerstörende Maßnahmen beschließen, dieser verlogenen Winkelpolitik bereitete die bayerische Sozialdemokratie das verdiente Ende.

Wie drastisch das von der Sozialdemokratie angewandte Mittel wirkte, zeigt die Schnelligkeit, mit der jetzt die Beantwortung der neuen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation beantwortet werden soll. Am nächsten Dienstag oder Mittwoch schon soll es geschehen. Durch die Obstruktion ist für die Kahrmehrheit eine andere Situation geschaffen und der Fuchs im Eisen muß daher andere Mittel anwenden, um sich aus der Zange zu befreien. Aber Aufgabe der bayerischen Sozialdemokratie wird es sein, ihm nicht die Freiheit zu neuen Streichen zu verschaffen. Man traue den Worten der Kahr-Regierung nicht! Sie ist unempfindlich gegen Demütigungen wie gegen die schärfste Kritik. Nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche. Denn sie ist abhängig von außerhalb der Verantwortung stehenden Personen! Daher ihr krampfhaftes Festhalten an der Einwohnerwehr, die Begünstigung der Rechts- und Links-Bolschewisten. Denn die Regierung Kahr ist schwach, trotz des Ergebnisses der letzten Wahlen. Sie hält sich nur durch den Belagerungszustand und ausnahmegesetzliche Verordnungen und mit Unterstützung einer Presse, die sich alle Mühe gibt, die ihr von Eisner zuteil gewordene Kennzeichnung zu bewahrheiten. Wie der Justizminister und Malzschieberprotektor Roth, trotz der ihm von der sozialdemokratischen Fraktion bereiteten Niederlage noch heute den Ministersessel ziert, so wird auch das Kahr-Regiment, nachdem es nachgeben mußte, im alten Stile der Zweideutigkeiten und Unaufrichtigkeiten weiter wirtschaften. Zu den bewährten Hausmitteln dieser „Politik" gehört es, auf die Vergeßlichkeit der sie stützenden Wähler zu rechnen und die eigenen Dummheiten anderen Leuten in die Schuhe zu schieben.

Triebe die bayerische Sozialdemokratie wirklich nur reine Parteipolitik, wie ihre Gegner behaupten, so hätte sie allen Grund, über die Niederlage des Kahr zu triumphieren. Aber dazu ist die Sache zu ernst. Die Schwierigkeiten werden sich erst ergeben, wenn die Entwaffnung der Einwohnerwehr und anderer geheim gehaltenen Organisationen vollzogen werden soll. Die Regierung hat in ihrer dem Reich erteilten Antwort nicht ohne Zweck ihm die Verantwortung zugeschoben. Damit salviert sie sich im Lande selbst und gibt sich den Anschein der Reichstreue über alles, während sie den wohlvorbereiteten Widerstand gegen die Entwaffnung als ein brauchbares Argument zur Begründung ihres eigenen Widerstandes benutzen kann. Schon machen sich Anzeichen eines gegen das Nachgeben der Regierung gerichteten Putsches der antisemitisch-deutschnationalen Koalition bemerkbar. In München, der Sammelstelle alles politischen Unrates, wimmelt es von tatendurstigen Abenteurern und arbeitslosen Offizieren. Und Geld für den Tatendrang dieser Gesellschaft ist im Ueberfluß da. Man wundere sich daher nicht, wenn jetzt sich gehegte Putschpläne in Taten umsetzen.

Bayerns „Lebensnotwendigkeit."

Das gestern dem Reichskanzler übergebene Schreiben der bayerischen Regierung vom 11. Februar gibt, wie WTB. mitteilt, den aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerwehr für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Die bayerische Regierung betont ferner, daß sie den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichsregierung gleichwohl in der Verfolgung ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzuge des „Entwaffnungsdiktates" vorkehren zu müssen glaubt, so müsse die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahme der Reichsregierung überlassen.

Reichswehr und Waffenschiebungen.

Am vergangenen Freitag hatten sich vier Angeklagte namens Kalk, Weimann, Lindstedt und Amlang vor der 2. Strafkammer des Landgerichts in Prenzlau wegen Diebstahls bzw. wegen Begünstigung zu verantworten. Der Anklage liegt der Vorwurf rechtswidriger Waffenaneignung bzw. Mitwirkung bei Beiseiteschaffung dieser Waffen zugrunde. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte Weimann, daß ihm im Herbst von dem Waffenmeister Otto Kisten mit Gewehren gebracht wurden, die er in einem dunklen Keller aufbewahrte. Zwei Tage später ließ er sie durch einen Bierfahrer bei der amtlichen Waffeneinziehungsstelle abgeben und erhielt hierfür 2000 M. Hierauf wurden nochmals zwei Gewehre fortgeschafft. Aehnliche Aussagen machte der Arrestaufseher Kalk, der, ebenso wie der Mitangeklagte Amlang, einige tausend Mark für die abgelieferten Waffen erhielt.

Von den zahlreichen Zeugenaussagen ist die des Oberleutnants Besch vom Wehrkreiskommando II von Interesse, der erklärte, soweit er sich erinnere, sei im Mai oder Juni eine Anweisung ergangen, daß Waffenteile aufgehoben werden sollen für ca. 6 Jahre. Den Waffenmeistern wurde das als Fachleuten überlassen. Er habe den Waffenmeistern Befehl erteilt, die Unterbringung in einem geeignet erscheinenden Raum zu veranlassen, da die Kammerräume durch die Abwicklungsstelle J.-R. 64 belegt waren. Die Tankgewehre sollten bei den Truppen zurückgehalten werden.

In seinem Plädoyer suchte der Erste Staatsanwalt Trost eine Aeußerung des Waffenmeisters Otto als erdichtet hinzustellen, die gelautet habe: **Ich habe etwas, was ich verschwinden lassen muß.** Ein Beweis hierfür sei nicht erbracht worden; allerdings sei sehr viel von einer Ententekommission gesprochen worden. Der Staatsanwalt beantragte für die ersten drei Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten, gegen den vierten Angeklagten vier Monate Gefängnis. In seiner Verteidigungsrede wies Rechtsanwalt Dr. Liebknecht darauf hin, daß die Zeugen auf das äußerste interessiert seien, den Sachverhalt zu verdunkeln; man müsse deshalb den Aussagen der Zeugen außerordentlich skeptisch gegenüberstehen. Der Verlauf des Prozesses habe erwiesen, daß es sich um ein geheimes Waffenlager der Reichswehr gehandelt habe, das von den Angeklagten auch als solches angesehen worden sei. Nach weiteren Ausführungen des Staatsanwalts und der Verteidiger wurde das Urteil bekanntgegeben: Der Angeklagte Kalk erhält 6 Monate, die Angeklagten Weimann und Lindstedt je 4 Monate Gefängnis wegen Diebstahls und der Angeklagte Amlang 3 Wochen wegen Begünstigung. Den Angeklagten Kalk und Weimann werden je drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet, dem Lindstedt zwei Monate und Amlang die erkannte Strafe.

Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last, die Untersuchungshaft wird aufgehoben.

*

Der Verlauf des Prozesses sowie sein Ausgang werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf die deutsche Rechtspflege. Während die Mitwisser der geheimen Waffenlager, die die Waffen ablieferten und gemäß der Verordnung des Entwaffnungskommissars hierfür eine Ablieferungsprämie erhielten, mit Freiheitsstrafen belegt werden, erachten die Vertreter der Anklage es nicht für erforderlich, diejenigen, die verbotene Waffenlager anlegten, unter Anklage zu stellen. Der Staatsanwalt führte in seinem Plädoyer aus, es sei nicht Sache des Gerichtes, die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrages und des Abkommens von Spa aufzurollen. Diese Ansicht ist irrig; denn jene Entwaffnungsbedingungen bildeten die Voraussetzung, ohne deren Prüfung die Strafbarkeit der Handlungen der Angeklagten überhaupt nicht erörtert, geschweige denn hätte festgestellt werden dürfen. Der Prenzlauer Waffenschiebungsprozeß, in dem in Wirklichkeit ganz andere Personen auf die Anklagebank gehört hätten als die vier Verurteilten, bildet ein neues Blatt in der wenig rühmlichen Geschichte der deutschen Justiz.

Kabinettsumbildung in England.

London, 14. Februar. (WTB.) Amtlich wird gemeldet: Der König hat die Rücktrittsgesuche von Milner und Long angenommen und die Ernennung Churchills zum Kolonialminister, Worthington Evans zum Kriegsminister, Lord Lee's zum Marineminister und Griffith Boscawens zum Landwirtschaftsminister genehmigt.

London, 14. Februar. (WTB.) Der Beschluß Lord Robert Cecils, im Unterhause in Zukunft auf der Oppositionsbank zu sitzen, ist ein Ereignis von großer Bedeutung und wird entsprechend gewürdigt. „Evenings News" schreiben, die Regierung werde sich gleich zu Beginn der neuen Tagung des Parlaments einer verstärkten Opposition gegenübergestellt sehen.

Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt, Lord Robert Cecils Tat bedeute, daß er zur liberalen Partei übergegangen sei. Wenn Neuwahlen stattfinden sollten, durch die die Liberalen ans Ruder kommen würden, so würde Lord Robert Cecils unter gewissen Bedingungen bereit sein, in eine liberale Regierung einzutreten.

Die Londoner Konferenz.

Paris, 14. Februar. (WTB.) „Temps" erfährt, daß die französische Regierung den dringenden Wunsch hegt, jede Verzögerung der Londoner Konferenz zu vermeiden, die am 21. Februar beginnen und zuerst die Orientfrage behandeln soll.

London, 14. Februar. (TU.) „Daily Mail" meldet: Die fremden Vertreter zur Konferenz von London werden Ende der Woche in London erwartet. Alle Aufenthaltskosten werden von der Regierung getragen werden. Es sind schon Verfügungen getroffen worden zu ihrer Unterbringung in den großen Hotels. Man rechnet auf ungefähr 200 Personen.

Die Wahlen in Südafrika.

London, 14. Februar. (WTB.) Bei den Parlamentswahlen in Südafrika hat die Partei Smuts 78 Sitze erlangt, die nationalistische Partei von Herzog 43 Sitze, die Arbeiterpartei 9 Sitze, die Unabhängigen haben einen Sitz erhalten.

Soziologischer Geschichtsunterricht.

Die Kinder der Zukunftsschule sollen die Arbeit als das Grundmittel, Werte zu erzeugen, selber hinreichend kennen lernen. Aus der Beobachtung der Gegenwart und der theoretischen Unterweisung erkennen sie als weitere Mittel der Gütererwerbung: die Gewalt (Raub, Eroberung, den Inhalt der bis heute gelehrten „Geschichte") und die Erbfolge (dynastische Einkleidung der Geschichte). Ihnen kommen damit Zusammenhänge zum Bewußtsein, aus denen heraus sie nun selber im öffentlichen Leben gestaltend mitwirken werden.

Die bisherige „Geschichte" bestand nur aus Haupt- und Staatsaktionen, der Alltag dazwischen, das ökonomische und geistige Werden und Wachsen, sie werden vernachlässigt, verachtet. Und doch sind sie, nicht die „heroischen" Momente (die noch dazu byzantinisch gekittert wurden) die Hauptsache, das Entscheidende. Der Alltag und die Arbeit sollen heilig gesprochen werden. Aus der Beobachtung der kleinen, scheinbar so unbedeutenden Lebenserscheinungen, aus ihrer Wertung, aus dem Sinn und Verständnis für praktische Arbeit muß ein ganz neues Verständnis für den Alltag erblühen. Es gilt jedem Dinge irgendwie den Stempel letzter Notwendigkeit und innigster Lebensfreude aufzudrücken. Dann — in voller sittlicher Mitverantwortung — fällt das „Heldentum", für freigewähltes Führertum ist die Voraussetzung geschaffen: die Sittlichkeit des sozialen Menschen, dessen Willensentscheidungen Menschenentscheidungen sind.

Auf diese erziehliche Wirkung sollte der — also soziologisch arbeitende — Geschichtsunterricht ausgehen. Die alten Geschichtsbücher aber stopfen — wie die alten Lehrer — weiter Heldenverehrung, Schlachtenpoesie, Monarchen„taten" in die Köpfe der Jugend. Die Schriften im neuen Geiste sind rar. Es muß deshalb freudig begrüßt werden, daß — als Vorläufer größerer, allgemeinerer Arbeiten — jetzt ein Heft von Siegfried Kawerau, Parteigenosse und Schulreformer, erschienen ist: „Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts" (Verlag Neues Vaterland, Berlin W., Kurfürstenstr. 125), in dem der Verfasser den Baugrund freilegt und Sinn und Plan des Neubaues umreißt. Alle Schulmeister und Eltern, die die neuen Vorschläge wenigstens prüfen wollen, werden zu der Schrift greifen. Sie finden in ihr nicht nur eine reiche Literatur zur Kulturgeschichte aufgeführt und gesichtet, sondern auch ein Arbeitsmuster, eine meisterhafte kulturgeschichtliche Analyse eines berühmten Romans (Jakobsen: Frau Marie Grabbe). Kaweraus Pionierschrift kann gar nicht warm genug empfohlen werden, wenn man bedenkt und beobachtet, wie der heutige Geschichtsunterricht weiterstarrt und die Jugend in den Rausch statt in die Klarheit führt.

Paul Oestreich.

Ausgrabungen im Lahntal. Bei Diez an der Lahn, an einer malerischen Felsgruppe, der sogenannten Wildweiberlei, sind jetzt im Auftrage des Nassauischen Landesmuseums eine Anzahl von vorgeschichtlichen Höhlen ausgegraben worden, die eine interessante Fundstelle wahrscheinlich aus dem Magdalenienzeitalter erschlossen haben. Wie H. Heck im „Korrespondenzblatt der Deutschen Gesellschaft für Anthropologie mitteilt, fand sich dort in den Kalksteinhöhlen eine Ablagerung von Artefakten, die die Besiedelung der Höhlen während eines längeren Abschnittes der Urzeit beweisen. Ferner wurde eine steinzeitliche Werkstatt in seltener Vollständigkeit aufgedeckt, mit der Unterlage zur Herstellung von Steinwerkzeugen usw. Eine zweite vorgeschichtliche Besiedelung der Höhle fand in keltisch-germanischer Zeit statt. Besonders reich sind die Fundstücke an Tierknochen der Urzeit. Das schöne Lahntal war bisher schon durch seine Scheedener Höhlenfunde als Siedlungsgebiet der Menschen der älteren Steinzeit bekannt.

Deutsche Künstler in Holland. Die vor kurzem im Städtischen Museum zu Amsterdam eröffnete Frühjahrsausstellung der holländischen Künstlervereinigung „De Onafhankelijken" enthält auch eine Reihe von Werken moderner deutscher Künstler und öffnet damit zum ersten Male seit 1914 wieder der deutschen Kunst die Pforten Hollands. Unter den deutschen Gästen, die in dem großen Ehrensaal ihre Werke zeigen, befinden sich hervorragende Vertreter unserer modernen Kunst, wie Pechstein, Heckel, Schmidt-Rottluff, Cesar Klein, Melzer, Wilhelm Schmid, Belling u. a. Bei der Eröffnung betonte der Vorsitzende der Vereinigung Mauritz de Groot die Wichtigkeit der internationalen Beziehungen für das Kunstleben und hob Deutschlands Anteil an der kulturellen Gemeinschaft hervor.

Gegen den „Reigen". Am Sonntag fand in Wien eine Versammlung des Katholischen Volksbundes statt. Nach der Versammlung zogen etwa 3000 Teilnehmer, zumeist junge Leute, vor die Kammerspiele, wo sie mit den Worten „Nieder mit dem Reigen, nieder mit den Sozialdemokraten!" die Unterbrechung der Vorstellung zu erzwingen suchten. Den Demonstranten stellte sich die Sicherheitswache entgegen, welche schließlich die Menge abdrängte, wobei vier Verhaftungen wegen Widersetzlichkeit vorgenommen wurden. Die Vorstellung selbst, welcher gestern auch Artur Schnitzler beiwohnte, verlief in aller Ruhe. Der Direktion des Theaters wurden von christlichsozialer Seite für den Fall weiterer Aufführungen neue Demonstrationen angedroht.

Schauspielergehälter im alten Rom. Ueber das Einkommen der Schauspieler im ciceronischen Zeitalter gibt uns die Rede Aufschluß, die Cicero zur Verteidigung seines Freundes, des Schauspielers Quintus Roscius hielt. Man ersieht daraus, daß die höchsten Gagen, die heute unsere größten Bühnendarsteller erhalten, im Vergleich mit jenen Gehältern im alten Rom nicht allzu imposant sind. Cicero sagt in der erwähnten Rede, daß Roscius 6 Millionen Sesterzien, die er in 10 Jahren auf die ehrenvollste Art hätte verdienen können, ausgeschlagen habe. Diese Summe würde nach unserem Gelde 750 000 M. betragen und mithin ein Jahresgehalt von 75 000 Goldmark voraussetzen. Nach Plinius VII. 30, belief sich des Roscius Jahresgehalt nur auf etwa 62 490 M., dagegen bestimmt Macrobius Lib. II. 11. das tägliche Gehalt auf 1000 Denare oder 4000 Sesterzien, was nach unserem Gelde ein Jahresgehalt von mehr als 180 000 Goldmark ausmachte. Das Beispiel des Roscius steht in dieser Hinsicht keineswegs vereinzelt da. Macrobius berichtet, daß der Schauspieler Aesopus seinem Sohn ein Vermögen von beinahe 3 Millionen Mark, die er nur durch seine Kunst erübrigt, hinterlassen habe. Bedenkt man, daß die Schauspieler damals ebensowenig wie jetzt Meister in der Sparsamkeit waren, so scheint dieser Aesopus allerdings eine recht schöne Summe eingenommen zu haben.

Der Tod als Erlöser. Der Direktor und die Aerzte des im Staate Connecticut gelegenen Irrenhauses von Norwich haben bei der Regierung und dem Parlament den Antrag gestellt, die Aerzte durch Erlaß eines Gesetzes zu ermächtigen, Geisteskranke, deren Leiden als unheilbar erkannt ist, zu beseitigen. Der Antrag wurde von einer großen Zahl von Senatoren unterstützt, die kürzlich Gelegenheit hatten, die Anstalt von Norwich zu besichtigen. Man zeigte ihnen dabei einen Irren, der seit 5 Jahren nicht aus der Tobsuchtszelle und der Zwangsjacke herausgekommen ist. Nach der Versicherung der Aerzte besteht nicht die geringste Hoffnung auf Heilung, so daß der Kranke sein ganzes Leben lang in diesem erbarmungswürdigen Zustand wird verbringen müssen. Die Befürworter des Todes, als des letzten Mittels, um den Leiden der unheilbar Kranken ein Ziel zu setzen, verlangen, daß die Regierung einen Ausschuß ernennt, der sich aus Mitgliedern zusammensetzt, welche in der medizinischen Welt unbeschränkte Autorität besitzen. Dieser Ausschuß von Sachverständigen soll mit der Aufgabe betraut werden, die Kranken zu untersuchen und das Todesurteil zu fällen, das durch ein raschwirkendes Gift vollzogen werden soll.

Prof. Dr. Emil Erlenmeyer. Mitglied der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem, ist am 8. Februar im Alter von 86 Jahren unerwartet gestorben. Die Wissenschaft verliert in ihm einen ihrer bedeutendsten Vertreter auf dem Gebiete der organischen Chemie.

Neues Volkstheater. Nächste Neueinstudierung Freitag, 18. d. M., „Der Parasit" von Schiller.

Professor Walter Fischer veranstaltet am nächsten Donnerstag, 8 Uhr im Dom ein Orgelkonzert, bei dem Frau Susanne Fischer-Lattermann (Sopran) und Frau Lili Fischer (Violine) mitwirken. Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

Ueber Kitsch und Kunst hält Dr. Max Deri im Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstr. 59/60, am Donnerstag, 17. Februar, abends 7½ Uhr, einen Lichtbildervortrag.

„Moderne Frauendichtung" liest am Donnerstag, 17. d. Mts., abends 7½ Uhr in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster (Klosterstraße) auf Einladung der Volksbühne E. V. Claire Lepore. Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. in der Volksbühne, bei Abt und an der Abendkasse.

Von Paul Gutmann bringt der Verlag Chr. André, Berlin W. 15, demnächst unter dem Titel: „Alles nur Menschen" eine Sammlung satirischer und anderer Erzählungen, von denen ein Teil den Lesern des „Vorwärts" bereits bekannt ist.

Die Tragödie in den Karpathen.

Unter sehr starkem Andrang des Publikums begann heute vormittag vor dem Schwurgericht in Moabit der Prozeß gegen den früheren Oberleutnant beim Gardefüsilierregiment, den jetzigen Assessor Hiller, wegen Mißhandlung eines Untergebenen und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.

Der Fall Hiller-Helmhake hat bereits zweimal die Gerichte beschäftigt. Zuerst das Militärgericht, das den früheren Oberleutnant Hiller wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang freisprach und ihn wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu 7 Wochen Festung verurteilte. Das Oberkriegsgericht als Berufungsinstanz hat dagegen Hiller wegen Mißhandlung und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil wurde vom Reichsmilitärgericht aus formalen Gründen angefochten, da die Besetzung des Richterkollegiums beim Oberkriegsgericht nicht ordnungsmäßig erfolgt war. Wie erinnerlich, waren die beiden bestellten Offiziere, welche als Beisitzer fungieren sollten, nicht erschienen und man mußte deshalb Ersatzleute beschaffen.

Nach Aufhebung der Militärgerichte wurde der Fall Hiller-Helmhake nunmehr dem Schwurgericht überwiesen, das jetzt nochmals die ganzen Vorgänge aufrollen wird, welche den

Tod des Füsiliers Helmhake

herbeiführten. Wie noch erinnerlich sein dürfte, lag Oberleutnant Hiller mit einer Kompagnie 1915 in den Karpathen. Die Mannschaften waren durch die Strapazen des Grabenkrieges und die allgemeine herrschende Dysenterie sehr erschöpft, so daß zeitweilig die Hälfte der Kompagnie krank war. Der Füsilier Helmhake war von Oberleutnant Hiller **bei starker Kälte an einen** Baum gebunden worden und wurde dann in einen als Arrestzelle dienenden Unterstand gebracht, der teilweise mit Wasser angefüllt war. Nach mehreren Tagen starb Helmhake, dem nach den Zeugenaussagen in der zweiten Verhandlung vom Kompagnieführer die Verabfolgung von Nahrung entzogen worden war, infolge Entkräftung. Ueber die Todesursache war dann von Oberleutnant Hiller ein Protokoll aufgenommen worden, das dem Bataillon weitergereicht werden sollte, das aber nicht mehr bei den Papieren gefunden worden ist.

Die heutige Verhandlung leitete Landgerichtsrat Braun, während die Anklage von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer vertreten wurde. Die Verteidigung des Angeklagten hat wiederum Rechtsanwalt Dr. Georg Hirschfeld übernommen. Bei der Auslosung der Geschworenen erklärte sich der Schlosser Donath für befangen. Er sei selbst Kriegsteilnehmer gewesen und habe mehrere Verletzungen erhalten. Er habe jedoch

mit Offizieren so ungünstige Erfahrungen gemacht,

daß er sich dem Angeklagten gegenüber, der ja auch Offizier gewesen sei, für befangen halte.

Es folgt der Aufruf der Zeugen, deren Zahl etwa 60 beträgt, darunter befinden sich zahlreiche ehemalige Angehörige der vom Angeklagten geführten 4. Kompagnie, mehrere frühere Offiziere von der Kompagnie des Angeklagten, mehrere höhere Offiziere, unter ihnen auch der frühere Regimentsführer des Angeklagten Oberst Graf v. d. Schulenburg und Generalmajor Grauthof, der als Gerichtsherr gegen das Urteil der ersten Instanz Berufung eingelegt hat. Die Zeugen werden bis auf acht auf morgen beurlaubt.

Vor Eintritt in die Vernehmung des Angeklagten erhebt der Verteidiger den

Einwand der Unzuständigkeit

des Schwurgerichts und beantragt Gerichtsbeschluß hierüber sowie darüber, daß die Berufung des Gerichtsherrn sich nicht auf den § 123 des M.St.G.B. erstreckt und, daß hier ein nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend beurkundetes Rechtsmittel vorliegt.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer legte dar, der § 10 des Gesetzes für die Uebergangsbestimmungen der Militärgerichte bestimme ausdrücklich, daß ein Verfahren von den bürgerlichen Gerichten in der Weise übernommen werden müsse, in der es sich befinde. Für ein übernommenes Verfahren sei lediglich der materielle Inhalt maßgebend. Der Inhalt der Anklage gehe aber davon aus, daß der Angeklagte sich im Sinne der §§ 122, 123 M.St.G.B. vergangen hat. Für die Zuständigkeit des Schwurgerichts sei ein besonderer Beschluß nicht notwendig. Einwendungen gegen die Zuständigkeit des Gerichtes hätten sofort bei Eröffnung des Verfahrens erhoben werden müssen.

Die Sitzung wurde dann auf einige Minuten unterbrochen, da im Auftrage des Reichswehrministers dem Gericht mitgeteilt wurde, daß der Reichswehrminister Geßler dem Generalmajor Grauthof die Genehmigung zur Aussage erteilt habe.

Hierauf wurde die Anklage verlesen, die sich zum Teil auf die Entscheidung des Oberkriegsgerichts stützt. Es wurden noch einmal die Zustände bei Dolsky in den Karpathen geschildert, wo Oberleutnant Hiller mit der 12. Kompagnie des Garde-Füsilier-Regiments lag, in der sich Helmhake befand. Die Anklage geht davon aus, daß Oberleutnant Hiller dem Helmhake eine Ohrfeige gegeben, ihm in den Rücken getreten, beschimpft, an den Baum gebunden und dann in ein feuchtes Erdloch eingesperrt habe. Und daß er schließlich den Befehl gab, dem Gefangenen Helmhake kein Essen zu verabfolgen.

Wirtschaft

Die hohen Fischpreise. Auf den letzten Märkten in Hamburg, Cuxhaven, Geestemünde sind die ohnehin schon hohen Fischpreise noch bedeutend weiter in die Höhe gegangen. Für den Kleinhandel stellten sich die Preise im Einkauf für Seefische wie folgt: Schellfisch 3,50—6 M., Kabeljau 3,60—5 M., Seelachs 3,50 bis 5 M., Dorsch 2—4,50 M., Flunder 2—4 M., Scholle 5—6 M., Rotzunge 6—8 M., Seezunge 20—22 M., Steinbutt 12—14 M., Tarbutt 7—14 M., Lachs 25—28 M. pro Pfund. Flußfische kosteten: Zander lebend 9—13 M., Karpfen lebend 11—12 M., Hechte lebend 10—12 M., Plötzen lebend 4—5 M. Die Zufuhren an frischen Heringen waren sehr reichlich und die Preise gingen zurück. Bezahlt wurden pro Pfund 1,50—2 M.

Krankhafte Erhöhung der Bodenpreise. Bei einer Versteigerung von Pachtäckern, die bisher 4350 M. eintrugen und die der Gemeinderat auf 10 000 M. schätzte, wurden 69 208 M. erzielt. — Ein Landwirt in Crottorf (Bez. Magdeburg) zahlte kürzlich 17 400 M. für 1¾ Morgen, von denen noch ¾ Morgen Unland waren. — Aus Krossen wird berichtet: Für eine Siedlung würden ungefähr 400 Morgen Land in Frage kommen, das zu dem 3200 Morgen großen Rittergut K. gehört. Der Besitzer hat zwei Jahre vor Kriegsausbruch den Morgen zu 210 M. erworben und will ihn jetzt nicht unter 5000 M. hergeben.

Hochschutzzoll in Ungarn. Die Neuregelung der Zuschläge zu den Einfuhrzöllen sieht für die Einfuhr von Rohstoffen und Maschinen ein Aufgeld vor, das das Zwölffache des Einfuhrzolles, für Massengebrauchsartikel das Zwanzigfache, für Luxus- und Modeartikel das Fünfunddreißigfache, für reine Genußmittel, wie Südfrüchte und Champagner, das Siebzigfache des Einfuhrzolles beträgt.

Groß-Berlin

Gegen die Pariser Beschlüsse.

Im größten Saal Berlins, dem Sportpalast, der dicht gefüllt war, fand gestern eine von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstaltete Volkskundgebung gegen die Pariser Beschlüsse statt. Die Redner Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Kahl, Gesandter Dr. Riezler, Reichstagsabgeordneter Regierungsrat Laverrenz, Reichstagsabgeordneter Dr. Maximilian Pfeiffer und Dr. Croll riefen zur Einigkeit des ganzen Volkes in der Frage der Ablehnung des neuen Diktats auf. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 13. Februar 1921 im Sportpalast versammelten Deutschen aller Schichten und Berufe erheben einstimmig Protest gegen die Versklavungsbeschlüsse von Paris. Das Gemisch von Lasten, Aderlassen und Kontrollen bezweckt die Zerstörung der deutschen Wirtschaft und schaltet unser Volk als Kulturfaktor der Welt aus.

Die Versammlung ist überzeugt, daß die schwächliche Uebernahme unerfüllbarer Bedingungen uns nur eine Galgenfrist gewähren, uns aber damit die Achtung vor uns selbst und vor der Welt kosten und damit die Grundmauern für den Wiederaufbau der deutschen Zukunft zerstören würde. Es handelt sich nicht um Daseinsbedingungen der heutigen deutschen Generation, sondern um Leben und Ehre unserer Kinder und Kindeskinder.

Die Versammlung fordert die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik auf, jeder unbilligen und undurchführbaren Lösung der Frage die Zustimmung zu versagen.

Das Verbrechen an dem Hausmädchen.

Zur Aufklärung des Verbrechens an dem 19 Jahre alten Hausmädchen Wladislawa Belehnerowska aus der Königgrätzer Str. 72 hat die Kriminalpolizei eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, bestimmte Anhaltspunkte, die auf die Spur des Täters führen könnten, zu finden. Der Zustand der Ueberfallenen ist so ernst, daß von ihr wohl keine Angaben mehr zu erwarten sind. Sie liegt nach wie vor völlig apathisch danieder. Der Schlag auf den Kopf, den ihr der unbekannte Täter versetzte, ist nicht mit der scharfen Schnittseite des Beils, sondern mit der Breitseite geführt worden. An dieser wurden noch Haarreste gefunden. Im Laufe des gestrigen Sonntags wurden von den Kriminalkommissaren Dr. Grünberg und Bünger noch weitere Zeugen vernommen, so auch Angehörige des Mädchens, die in Berlin wohnen, um über ihren Männerverkehr Näheres zu erfahren. Wie bereits mitgeteilt, muß sich der Täter selbst stark mit Blut besudelt haben. Die Kriminalpolizei bittet daher alle Personen, die am Sonnabendmorgen einen Mann mit blutbefleckten Kleidern gesehen haben, sich umgehend im Zimmer 190a des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 411, zu melden.

Im Streit erschlagen.

Im Streit erschlagen. Unter den Linden geriet in der vergangenen Nacht ein etwa 35 Jahre alter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, kurz nach Mitternacht zwischen der Wilhelm- und Friedrichstraße mit einem ihm fremden Manne in einen Wortwechsel, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Sein Gegner versetzte ihm mit der Faust und mit dem Regenschirm so wuchtige Schläge auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Besinnungslose wurde nach der Rettungsstelle in der Kronenstraße gebracht, dort konnte man aber nur noch den Tod feststellen. Die Rettungsstelle ließ die Leiche nach dem Schauhause bringen. Der Gegner ging davon, wurde aber von Zeugen des Vorfalles verfolgt, festgenommen und der Polizei übergeben. Der unbekannte Tote ist 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug einen schwarzen Marengoanzug, graue Strümpfe, schwarze Schnürschuhe und einen schwarzen, steifen Hut. Sein Taschentuch ist E. H. gezeichnet. Bei sich hatte er einen Regenschirm. Besondere Kennzeichen sind eine alte Narbe zwischen Daumen und Zeigefinger der rechten Hand, das Fehlen eines Gliedes am Mittelfinger der linken Hand und Warzen an der Stirn und auf der linken Wange.

Auslieferung Birndörfers.

Einer Meldung aus Lausanne zufolge hat das Bundesgericht einstimmig die von Deutschland verlangte Auslieferung des ehemaligen Direktors des Edenhotels Albert Birndörfer, der zurzeit in St. Gallen in Haft ist, verfügt. Birndörfer ist verfolgt wegen des dringenden Verdachts der fortgesetzten Beamtenbestechung. An die Auslieferung wird die Bedingung geknüpft, daß er nur wegen dieses Vergehens verfolgt werden darf und es wird ein ausdrücklicher Vorbehalt gemacht im Sinne des Artikels 4 Abs. 3 des zwischen Deutschland und der Schweiz abgeschlossenen Auslieferungsvertrags.

Die Wahlen im 20. Verwaltungsbezirk.

haben einige Ueberraschungen gebracht insofern, als sie das mehr als doppelzüngige Verhalten der U.S.P. und K.P.D. zeigten. Nach dem Bericht des Wahlausschusses hatten sich die Parteien geeinigt, daß als 1. Bürgermeister der Magistratsassessor Brumby-Neukölln vorgeschlagen werden solle. Ueber die Besetzung der anderen Posten war eine Einigung nicht erzielt worden.

Bei der Wahl des 1. Bürgermeisters schlugen die U.S.P. und K.P.D. plötzlich den bürgerlichen Schöffen Reichhelm-Reinickendorf als Kandidaten vor, der denn auch mit 22 Stimmen gewählt wurde.

Daß die Unabhängigen und Kommunisten, die vorher betonten, sich mit einem Bürgerlichen nicht an einen Tisch setzen zu wollen, geschlossen sich für die Wahl eines Bürgerlichen als Bürgermeister entschieden — trotzdem ihnen ein anerkannter sozialistischer Jurist präsentiert wurde —, läßt ihr radikales Geschrei wieder einmal in einem grellen Licht erscheinen.

Als stellvertretender Bürgermeister wurde Seike (U.S.P.) gewählt. Als besoldete Stadträte wurden Hecht (U.S.P.), Fischer und Kesseri (K.P.D.), Reunzig und Scharf (S.P.D.) gewählt. Bemerkenswert ist, daß der von unserer Organisation aufgestellte Genosse Meyer-Tegel ausfiel, weil dieser für die Berücksichtigung der zentralen Abmachungen eingetreten war.

Dagegen sollen, wie ein uns vorliegender Bericht vermerkt, die gewählten Genossen Scharf und Reunzig Verfechter eines rein sozialistischen Bezirksamts gewesen sein. Es wird Sache der Parteiorganisation sein, zu diesem Vorgang in geeigneter Weise Stellung zu nehmen. Soweit es sich bisher übersehen läßt, sind die zentralen Abmachungen von unserer Partei in keinem Bezirk gebrochen worden. Als unbesoldete Stadträte gingen Schwabedahl (S.P.D.), Grafunder (K.P.D.), Schäfer (U.S.P.) und Kempin (bürgerlich) hervor.

Vereinigung proletarischer Kinderfreunde, Abt Berlin.

Unter diesem Namen ist eine Organisation ins Leben getreten, welche die Kräfte der Selbsthilfe und Selbstverantwortung des gesamten Proletariats zur Hilfe für die proletarische Kinderwelt wachrufen und zu sinnvoller Betätigung führen will. Ihre besondere Aufgabe erblickt die V. p. K. in der Errichtung und Unterhaltung von im Geiste proletarischer Gemeinschaft geleiteten Kindergärten, Kinderhorten und Kinderheimen, sowie in der Heranbildung von Erzieherinnen aus dem Kreise der proletarischen Mädchen und Frauen. Sie will ihre Wirksamkeit überall dort entfalten, wo die Einwirkung der öffentlichen (staatlichen oder kommunalen) Körperschaften versagt oder gegenüber der proletarischen Initiative weniger fruchtbar erscheint; und zugleich einen neutralen Boden darstellen, auf welchem alle Sozialisten dem gemeinsamen Zwecke dieser Hilfe für die Kinder des Proletariats dienen können.

Die Vereinigung, deren provisorische Vorsitzende Dr. Löwenstein und Dr. Sußmann sind, wird bald nach den Landtagswahlen in einer großen öffentlichen Kundgebung das Proletariat der Stadtgemeinde Berlin zur Mitarbeit aufrufen.

Beitrittserklärungen nimmt schon jetzt entgegen der Kassierer Franz Reinsch, Charlottenburg, Am Volkshaus 1. Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1 M. pro Monat.

Im Streit erschossen wurde ein 24 Jahre alter Arbeiter Max Rilling in der Schankwirtschaft von Stefan Clapawatscha in der Münzstraße 3. Er geriet dort mit dem Wirt zusammen, dieser schoß auf ihn und traf ihn so schwer, daß er auf der Stelle verschied. Der Wirt wurde verhaftet.

Ein folgenschwerer Automobilunfall, bei dem mehrere Personen erheblichen Schaden erlitten, rief am Sonntagabend in der achten Stunde im Scheunenviertel große Aufregung hervor. Ein vollbesetztes Auto fuhr in der mangelhaft beleuchteten Kleinen Alexanderstraße nahe der Volksbühne gegen einen dort lagernden starken Balken. Das Auto ging in Trümmer. Die Insassen wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Die alarmierte Feuerwehr brachte die unbekannten Verletzten nach Krankenanstalten.

Aus der Chronik der Lebensmüden. Der 24 Jahre alte Musketier Oskar G. hat sich im Schloßlazarett in Charlottenburg durch zwei Schüsse in die rechte Schläfe getötet.

Der 53jährige Georg P. erhängte sich in seiner Wohnung in einem Hause des Kurfürstendamms.

Auf der Strecke Wannsee—Drewitz warf sich der Kaufmann Leo Felsenstein vor einen Stadtbahnzug und wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche brachte man nach der Halle in Wannsee.

Die 24 Jahre alte Dentistin Maria Sch. vergiftete sich in ihrer Wohnung in der Tieckstraße mit Lysol. Sie hat die Tat im Zustande geistiger Umnachtung begangen.

Von einem Privatkraftwagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittag in der Berliner Straße zu Wilmersdorf-Halensee die 50 Jahre alte Frau Johanna Marx aus der Pariser Str. 57. Beim Ueberschreiten des Dammes vor dem Hause Nr. 144 geriet sie unter den Wagen und wurde so schwer verletzt, daß sie nach kurzer Zeit starb, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein. Die Verunglückte war zunächst unbekannt, wurde aber im Laufe des Tages als Frau Marx festgestellt.

V. L. V. f. Naturkunde. Dienstag, den 15. Februar, 7½ Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, Z. 4/5. Vortragsreihe: „Die märkischen Gewässer." I. Abend: H. Arndt: „Die Geologie der märkischen Gewässer."

Der schwedische Physiologe Dr. Lilliekrand-Stockholm wird seine Gastvorlesungen an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen am Freitag, den 18., und Montag, den 21. Februar, abends 7 bis 9 Uhr, im großen Hörsaale des Langerhans-Hauses, Berlin N. 24, Ziegelstraße 10—11, halten. Es werden behandelt am Freitag, den 18. d. Mts.: „Der respiratorische (Atmungs-)Gaswechsel bei gewissen Körperübungen", und am 21. d. Mts., Montag: „Zur Physiologie des Schwimmens." Die Vorlesung ist öffentlich und unentgeltlich. Alle Turn- und Sportfreunde sind eingeladen.

In den Decla-Lichtspielen Unter den Linden gelangt zurzeit ein fünfaktiges Filmdrama „Das Medium" zur Aufführung. Wie schon aus dem Titel zu entnehmen ist, hat der Verfasser Max Jungk seinen „Stoff" dem Spiritismus entnommen. Kartenlegerei, spiritistische Sitzungen, mediumistische Hellsehen, „Materialisation der Geister", alles zieht in interessanten abwechslungsreichen Bildern vor dem Auge des Beschauers vorüber. Der Film entbehrt neben seiner wunderbaren Klarheit auch nicht eines gewissen bildmäßigen Interesses. Letzteres um so mehr, als der in der Darstellung die größte Rolle spielende Reville, der das Medium Linda völlig in seiner Gewalt hat, als ein gewerbsmäßiger Schwindler entlarvt wird.

Sechzehnte Quittung. Für die Kriegsgefangenen in Groß-Berliner Lazaretten sandten noch ein: Gäste des Restaurants Rich. Moor, Lichtenberg 70 M.; 10 M. Sch. gesch. in Sachen Marx/Aur durch Schiedsmann Straßen 67, Bez.; Ueberschuß der Krangsammlung für Karl Legien, veranstaltet von der Arbeiterschaft der A.E.G. Hennigsdorf 170,60 M.; Geselligkeitsverein in Karow d. Such 168 M.; bereits quittiert M 893,90 M. und 120 M. Kriegsanleihe, insges. **35 321,50 M. u. 120 M. Kriegsanleihe.**

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mariendorf. Die Mitgliederversammlung findet nicht, wie gestern angegeben, heute, Montag, sondern morgen, Dienstag, abends, Schulaula, Kurfürstenstraße, statt.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: NW. 40, In den Zelten 23.

Montag, den 14. Februar, abends ½8 Uhr, Kreis Halle, ohne Tor. Turnhalle Schule Brangelstraße 128, Turnen.

Gewerkschaftsbewegung

Vorstandswahl im Eisenbahnerverband.

Die Wahl des Vorstandes der Ortsgruppe Berlin war in der Generalversammlung am Sonntag vor acht Tagen unentschieden geblieben, weil jede der beiden Listen die gleiche Stimmenzahl erhalten hatte. Die am gestrigen Sonntag abgehaltene Generalversammlung nahm deshalb die Wahl von neuem vor. Dem Wahlakt gingen mehrstündige Erörterungen voraus. In einer Reihe von Erklärungen kamen die Parteigegensätze, die bei der Wahl eine Rolle spielen, teils direkt, teils indirekt zum Ausdruck. Eine längere Erklärung der Zahlstelle Lichterfelde fordert eine Zusammensetzung des örtlichen Vorstandes ohne Rücksicht auf die politische Stellung der einzelnen Mitglieder. Der Redner, der diese Erklärung begründete, sagte, er sei der Gesinnung nach Kommunist, aber ein Gegner der Moskauer Bedingungen. Innerhalb der Gewerkschaft müßte der Parteistreit schweigen und die gewerkschaftliche Arbeit im Sinne der Einheitsfront aller Arbeiter betrieben werden.

Was die Lichterfelder Erklärung verlangt, das kommt durch die von der Ortsverwaltung aufgestellte Liste Willy Schulz praktisch zum Ausdruck. Sie ist nur nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt, setzt sich zusammen aus Arbeitern und Beamten, Vertretern der Werkstätten und der Verkehrsbetriebe und nimmt keine Rücksicht auf das politische Bekenntnis der Kandidaten. Die Gegenliste Schmidtke soll zwar nach der Angabe eines kommunistischen Redners keine kommunistische Liste sein, sie ist aber in der „Roten Fahne" ausdrücklich als die Liste der Kommunisten bezeichnet und empfohlen worden.

Bei der Wahl wurden 386 Stimmen abgegeben. Die Liste Schulz erhielt 189, die Liste Schmidtke 197 Stimmen.

Die Zufallsmehrheit von 8 Stimmen für die kommunistische Liste entfachte bei den Kommunisten im Saale und auf der Zuhörergalerie einen tosenden Beifallssturm. Die jubelnden „Sieger" bekamen aber lange Gesichter und entrüsteten sich gewaltig, als der Verbandsvorsitzende Scheffel namens des Vorstandes erklärte, der Vorstand fordert die alte Ortsverwaltung auf, ihre Aemter nicht niederzulegen, sondern solange im Amt zu bleiben, bis sie vom Verbandsvorstand andere Nachricht erhalten. Die eben vollzogene Wahl kann nicht anerkannt werden. Zunächst deshalb, weil einige Kollegen, gegen die ein Ausschlußverfahren schwebt, mitgestimmt haben. Hauptsächlich aber kommt für den Vorstand als ausschlaggebend in Betracht: Ob die Gewählten Sozialdemokraten oder Kommunisten sind, ist gleichgültig. Es kommt nur darauf an, ob sie auf dem Boden des Statuts, der Beschlüsse des Verbandstages und der Amsterdamer Internationale stehen. Das trifft für die in der Liste Schmidtke

verkörperte Richtung nicht zu. Sie kehren sich nicht an die Beschlüsse der gewerkschaftlichen Instanzen, sondern erhalten ihre Weisungen von der Zentralstelle einer politischen Partei, die den Weisungen folgt, welche sie von Moskau empfängt. Durch ihre frühere Verbindung mit dieser Richtung ist die U.S.P. gespalten worden. Das gleiche Schicksal hätte der Deutsche Eisenbahnerverband zu erwarten, wenn die Moskauer Richtung einen bestimmten Einfluß in seiner Leitung bekommen würde. Der Verband muß vor der Zertrümmerung bewahrt werden. Er muß eine geschlossene Macht im Kampfe für die Interessen der Eisenbahner bleiben.

Nach dieser Erklärung, die auf der einen Seite lebhaften Beifall, auf der anderen Seite lebhaften Widerspruch hervorrief, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Teuerungsbeihilfe der Buchdrucker.

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer hatte am Sonntag eine stark besuchte außerordentliche Generalversammlung, in der der Bericht von der Tarifausschußsitzung gegeben wurde. Der Tarifausschuß hatte Stellung zu nehmen zu der Forderung der Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes nach einer neuen Teuerungszulage. Die Gehilfenvertreter verlangten eine Zulage von 35 M. pro Woche. Da die Arbeitgebervertreter sich durchaus ablehnend verhielten, wie der Referent Massini darlegte, so wurde telegraphisch von Leipzig, dem Tagungsort des Tarifausschusses, aus das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung angerufen, womit schließlich auch die Unternehmer einverstanden waren. Der Schlichtungsausschuß beim Arbeitsministerium bewilligte für die Lohnklassen B und C folgende Wochenzulagen: In den kleineren Orten mit einem Lokalzuschlag bis einschließlich 7½ Proz. 10 M., in den mittleren Orten mit einem Lokalzuschlag bis zu 17½ Proz. 12 M., in den übrigen Orten 15 M. Die Gehilfenschaft im Berechnen sollte diese Beihilfe nicht erhalten, soweit die Gehilfen mehr als 15 Proz. über ihren Tariflohn während der ersten 5 Wochen dieses Jahres verdient haben. Auf Wunsch sollte die Beihilfe auch in Gesamtbeträgen (130 M. bzw. 156 M. bzw. 195 M.) gezahlt werden können.

In Leipzig machte sich nun eine Kommission an eine Verbesserung des Schiedsspruchs. Der einstimmig, also auch von den Arbeitgebern angenommene Kommissionsvorschlag, der auch die vom Schlichtungsausschuß zugestandenen Zulagen erhöhte, wurde jedoch vom Plenum des Tarifausschusses abgelehnt, was bei den Gehilfenvertretern große Erregung hervorrief. Schließlich kam am letzten Verhandlungstag folgender Vorschlag zustande:

In Anbetracht der Lage der häuslichen Verhältnisse der Gehilfen wird eine weitere Hilfe für erforderlich angesehen, die am besten mit der Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe geleistet wird. Diese Wirtschaftsbeihilfe soll in den Lohnklassen B und C betragen: an Orten bis zu 7½ Proz. Lokalzuschlag 130 M., an Orten mit mehr als 7½ Proz. bis 17½ Proz. Lokalzuschlag 156 M. und an den übrigen Orten (wozu Berlin gehört) 195 M. Die Beihilfe kann in drei Raten gezahlt werden, und zwar mit je einem Drittel in den Monaten Februar, März und April jeweils am dritten Zahltage. Den Hilfsarbeitern über 21 Jahren ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarifvertrag festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen. Die seit dem 3. November 1920 unter Vorbehalt gewährten außertariflichen Zulagen können auf die obige Beihilfe angerechnet werden. Das am 3. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit Einschluß der obigen Wirtschaftsbeihilfe hat nunmehr Geltung bis zum 30. April 1920. Die Berechner erhalten ebenfalls die Beihilfe.

Die Mehrheit der Gehilfenvertreter beim Tarifausschuß hat nach langer Beratung und eingehender Erwägung alles Für und Wider diesem Vergleichsvorschlage ihre Zustimmung gegeben. Massini legte die Gründe im einzelnen dar und empfahl seinerseits der Generalversammlung, ihnen zuzustimmen, weil es in der gegebenen Situation das zweckmäßigste wäre.

In der sehr lebhaften Diskussion kamen verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Ein Antrag, an der Forderung einer Zulage von 35 M. wöchentlich festzuhalten und den Gauvorstand zu beauftragen, die nötigen Schritte zu ihrer örtlichen Durchsetzung zu tun, wurde abgelehnt. Dagegen wurde mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt folgendes: Die Haltung der Prinzipalität wirkt provozierend auf die gesamte Gehilfenschaft und fordert geradezu zum Streik heraus. Ebenso ist der Schiedsspruch so völlig ungenügend, daß auch hier die Anwendung des letzten Kampfmittels geboten wäre. Wenn dennoch die Versammelten dieses Mittel nicht anzuwenden empfehlen und den Schiedsspruch (in der beim Tarifausschuß gegebenen Fassung) annehmen, so tun sie es lediglich aus taktischen Gründen. Aus diesen Erwägungen heraus beauftragen die Versammelten den Vorstand, in geeigneter Weise Vorkehrungen zu treffen, damit siegreich in Kürze nachgeholt werden kann, was man jetzt in egoistischer Absicht verweigert hat."

Achtung, Bauarbeiter!

Die Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Berlin, nahmen in einer Versammlung am Donnerstag, den 10. d. M., unter anderem auch zu den Lohnstreitigkeiten im Berliner Baugewerbe Stellung. Nachdem die Unternehmer den am 14. Januar d. J. unter Vorsitz des Herrn Regierungsrat Dr. Goldschmidt gefällten Schiedsspruch, der ab 10. 1. eine Lohnerhöhung von 50 Pf. vorsah, abgelehnt hatten, fanden durch Vermittelung des Reichsarbeitsministeriums am 26. Januar neue Verhandlungen statt. Der Vertreter des Arbeitsministeriums hatte sich vergeblich bemüht, auf die Unternehmervertreter einzuwirken, bei ihren Mandatgebern den Spruch des Bezirkslohnamtes zur Annahme zu empfehlen. Vom Arbeitsministerium wurde nun der Vorschlag gemacht, auf die bestehenden Löhne ab 4. Februar einen Zuschlag von 25 Pf. pro Stunde zu gewähren. Die Vertreter der Arbeitgeber des Hoch- und Tiefbaugewerbes verpflichteten sich, bei ihren Mitgliedern dafür eintreten zu wollen.

Inzwischen ist uns bekannt geworden, daß die Unternehmer des Hochbaugewerbes diesem Vergleichsvorschlag zugestimmt, die Unternehmer für das Tiefbaugewerbe dagegen abgelehnt haben. Hierdurch war eine neue Situation geschaffen, zu der der Vertrauenskörper am 10. d. M. Stellung nahm. Nach ausgiebiger Aussprache, in der das Für und Wider erörtert wurde, ist die Generalversammlung zu dem Resultat gekommen, den Vorschlag abzulehnen. Im Hinblick darauf, daß die Verantwortung bei solch immerhin doch wichtigen Entscheidungen zemlich groß ist, hat die Abstimmung nunmehr durch Stimmzettel in den kommenden Bezirksversammlungen zu erfolgen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirkverein Berlin.

Der Buchdruckerstreik in Saarbrücken.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Der am 5. Februar ausgebrochene Streik im Buchdruckgewerbe der Saar scheint sich zu einem Machtkampf des Unternehmertums zu entwickeln. Einigungsverhandlungen vor dem Arbeitsamt der Saarregierung scheiterten an dem Widerstand der Prinzipalität. Der Streik geht unverändert weiter.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Bezirksverband Berlin
XI. Kreis (Schöneberg)
80. Abteilung.
Schon wieder hat uns der Tod ein treues und eifriges Mitglied, die Genossin
Elise Thomae
Mitg.-Buch-Nr. 8
entrissen. 173/15
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt am Mittwoch, abds. 6 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. Um rege Beteiligung ersucht
Die Abteilungsleitung.

Eine Tafel Schokolade gratis erhält jede Dame am 15., 16. u. 17. Februar gegen Vorzeigung dieses Inserats
Treff
Tanzparadies Zelt 2 In den Zelten (Tiergarten)
Sonnabend, den 19. Februar 1921 Maskenball

Stottern
Stammeln, Lispeln, Atemnot und Angstgefühl vorm Sprechen beseitigt gründlich Dr. Schraders Spezialinstitut
Berlin W, Lützowstr. 38. (Bhf. 4-7, auch Sonnabends u. Sonntags.)

Hilfsmotor
an jedem Fahrrad anzubringen
Preis 3500 M
Prospekt gratis! Vorführung jederzeit!
Sofort lieferbar!
Präzisionsarbeit für Dauerbetrieb
Eingebaute Magnetzündung
Fabrikat Zschopauer Maschinenfabrik
Generalvertrieb für Groß-Berlin u. Umgebung:
Kleinmotoren-Vertriebsges. m. b. H.
Berlin, Potsdamer Str. 123 b. Tel. Kurf. 6919

Soeben erschienen
Die Neueste Deutsche Mode
Frühjahr und Sommer
Schnittmuster
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Breite Straße 11
Oranienstraße 41
Reinickendorfer Str. 15
Neue Schönhauser Str. 11
Raukestraße 7, Frankfurter Allee 64, Großbeerenstraße 60
Charlottenburg: Schillerstr. 88, Berliner Str. 113
Neukölln: Hohrechtstraße 18
Groß-Lichterfelde: Hindenburgdamm 30a
Schöneberg: Apostel-Paulus-Straße 25
Kaufhaus Fr. Hahn, Alexanderplatz
außerdem
Schnittmuster-Lager in sämtlichen Filialen der Firma
W. Spindler

Metropol
Behrenstraße 54
Allabendlich 7½ Uhr
D. lustige Spielplan

Aerztl. Heilanstalt vorm. Dr. Dammann
Spezial-Behandlung
für alle Geschlechtskrankheiten
nach langjährig bewährtem Verfahren.
Berlin W 300, Potsdamer Str. 123 B.
Sprechstunden 9—11, 3—4, Sonntags 10—11.
Bei Angabe des Leidens wird belehrende Broschüre diskret verschlossen ohne Absender gegen 1 M. zugesandt.

Sorrent
Hochbahnhof Schlesisches Tor
Eine tolle Nacht
und der große Eröffnungs-Varieté- u. Kabarett-Spielplan.
Im ersten Stock:
Entzück. Tanz-Diele

Ziehung 23. Febr. — 1. März
Kriegsgefang. - Heimkehr-
Geld-Lotterie
36 670 Gew. ohne Abzug M
1000 000
Haupt-gewinne 250 000
100 000
Original-Lose a M. 6.—
Porto und Liste M. 1.20 mehr.
Emil Stiller Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 39
Postscheck-Konto 200 16.

Lagermetall,
Zinn, Blei, Kupfer,
Messing, Rotguß
kauft für eigenen Bedarf
Metall-Handelsgesellschaft
Groß-Berlin, Schönh. Allee 41,
an der Wörther Straße.

Russische Korrespondenz
Nr. 19/20
Inhalt:
Karl Radek: Das dritte Jahr des Kampfes gegen das Weltkapital. / Entente und Sowjet-Rußland. (Auf Grund der Dokumente des Ministeriums des Aeußeren der Regierung in Omsk): England, Frankreich und die Vereinigten Staaten im Kampfe mit der Sowjetmacht. / N. Bucharin: Das Neue in der russischen Revolution. / E. Preobrashenski: Die sozialistische Basis der Oktober-Revolution. / B. Roustam Bek: Drei Jahre Rote Armee. / A. Chrjaschtschjew: Die Bauernschaft im Kriege und in der Revolution. / J. Larin: Drei Jahre Sowjetwirtschaft. / J. Larin: Die russische Industrie. / E. Varga: Ueber die Form der Beziehungen eines proletarischen Staates zu den kapitalistischen Ländern. / N. Lenin: Die Aufgaben der politischen Aufklärung. / M. Wladimirsky: Die Resultate der Arbeit in der Organisation der örtlichen Organe der Sowjetmacht im Jahre 1920. / S. Strumilin: Das Problem einer Steigerung der Arbeitsleistung. / Prof. W. M. Bechterew: Persönlichkeit und Arbeit. / L. Sosnowski: Der Schöpfergeist Sowjetrußland. / „Lenins Fahnenjunker." / Kursky: Der dritte Jahrestag der proletarischen Revolution und das Recht. / A. Anikst: Planmäßige Arbeit. / J. Larin: Die Aufgaben des vierten Jahres. / N. Ossinski: Der planmäßige Anbau und die Normalisierung der Bodenbearbeitung. / N. Ossinski: Die Regelung der Landwirtschaft durch den Staat. / N. Bogdanow: Die wichtigsten Fragen einer Organisation des sozialistischen Ackerbaues. / A. Swiderski: Die Hilfsquellen unserer Verpflegung. / A. Wyschinski: Die Zweckversorgung. / N. Ossinski: Auf dem Wege zur Verpflegungsfront. / W. Nekrassow: Drei Jahre Revolution und das Verkehrswesen. / D. Michailow: Das Verkehrswesen. / G. Krzizanowski: Die Elektrisierung als Voraussetzung einer Vergesellschaftlichung der Produktion. / Kurze Uebersicht über die Tätigkeit des Volkskommissariats für Außenhandel im Jahre 1920. / P. Schoch: Probleme der Naphthaversorgung. / S. Herstein-Drosslowskaja: Die Arbeiterin in der Gewerkschaftsbewegung während der drei Revolutionsjahre. / O. Nogin: Mutter und Säuglingsschutz. / A. Jelisarow: Kinderschutz in Sowjetrußland. / S. Kaplun: Die Arbeiterin und der Arbeitsschutz. / Elkin: Arbeiterinnen an der Kampffront gegen die Unwissenheit. / H. N. Brailsford: Eine Fabrik in Sowjetrußland.
132 Seiten
Preis M. 5.—

Soeben erschienen!
G. Sinowjew:
Vom Werdegang unserer Partei
(Vortrag, gehalten in einer Versammlung der kommunistischen Parteifunktionäre in Petrograd.)
Einzige, vom Verfasser autorisierte Ausgabe
32 Seiten Preis M. 1.20
Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley Hamburg 11.

Ankauf von
Brillanten, Perlen,
Uhren, Platin- und Goldbruch.
G. Schliephacke, Friedrichstraße 210, Ecke Kochstraße.

Verkäufe

Bettwäsche konkurrenzlos billig! Deckbettbezug 35.—, Kissen 14.50, Laken 28.—. Ferner gelangen diese Woche zum Verkauf 3000 Garnituren aus prima Renforce und Bufanatuch; jede Garnitur, ohne Rücksicht auf den früheren Wert, 129.—, Inlette 118.—, Wäschestoffe, Züchen, Handtücher staunend billig. Fahrtvergütung. Wäschefabrik Stumpe und Jäger, Landsbergerstraße Schwedterstr.

Bettwäsche enorm billig! Verkauf von Restbeständen der Weißen Woche. Oberbett 75.—, Kissen 14.—, Laken 27.—, Inlette 120.—. Da etwas beschädigt, weit unter Preis. Geöffnet bis 7. Bettwäschefabrik, Putzkamerstraße 1, Ecke Wilhelmstraße.

Hosen, feldgrau, verkauft Schneider, Richtenberg, Neue Bahnhofstraße 8. 718

Bettwäsche, teilweise angestaubt, Deckbettbezug 35.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inlette 120.—, Handtücher, Wäschestoffe. Engrospreise. Wäschefabrik, Grüntzstraße Neunundzwanzig (Hofseitenbau).

Gebrauchtes schmales Treibriemenleder (potthälig, auch in kleinen Posten, abzugeben. R. Rosenstein, G. m. b. H., Charlottenburg, Windscheidstraße 5.

Kronglühlampen! Wiederverkäufer! Rothfuchs sowie alle anderen Polsterten wegen vorgeschrittener Saison jetzt zu herabgesetzten, konkurrenzlosen (spottbilligen Preisen! Alles neue, feine Ware! Bettfedernhaus Warschauer Straße 7. 1878*

Herrenanzug sehr billig zu verkaufen, Glatzer, Boxlingwalde, Ernststraße 20. 48/15

Geschäftsverkäufe

Geschäfte aller Branchen vertraut schnellstens Bokreth u. Co., Friedrichstraße 113a. Norden 2092, 9203. 1115R

Möbel

Metallbetten 225, Chaiselongues 125, Kinderbettstellen, weiße Schlafzimmer, Matratzen, Augustin, Wr. Quergebäude.

Chaiselongues, 200.00 bis 375.00, Sofaumbau 680.00, Anlegematratzen, Patentmatratzen 130.00. Walter, Stargarderstraße achtzehn. 1798*

Nußbaum-Büfette! modern und mit Säulen; Sofaumbauten, Trumeaux mit Stufen; Schreibtische mit und ohne Aufsatz; Sofas, Ruhebetten eigener Fabrikation, äußerst preiswert! Berliner Möbelhaus, nur Südostseite, Skalitzerstraße 23, Hochbahn Kottbuser Tor. 1398

Verkaufe Chaiselongue, Nußbaum-Ausziehtisch. 4—7. Mehle, Kottbuserstraße 11 I.

Musikinstrumente

Billige Pianos. Klaviertechnisches Werkstatt, Mückenstraße 58. 1978*

„Adam's" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums, Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Münzstr. 16 Unter den Linden 17/18.

Klavier, elegant, schwarz, 4500. Bechstein-Piano, hohes kreuzsaitiges 8500. Poemit, Neue Königstr. 81 (Alexanderplatz). 1468*

Giertina-Pianos, neue, gute gepflegte, mehrfache Gelegenheiten Kottbuserstr. 8. 758*

Rabenstein, Pianos, Flügel, Harmonium, Gelegenheitskauf, Stimmungen, Reparaturen, Münzstraße 10. 1208*

Kaufgesuche

Fahrradankauf Anlenstraße 19. 48/4

Silberschmelze Christianat, Köpenickerstr. 90a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1438

Unterricht

Klavierunterricht auserkannt vorzüglich Emilie Beisen, Sethringerstr. 63. 1508

Tanzschule, Geschwister Friedrich-Hanich, Michaelkirchstraße 38. Anfängerkurse, Modetanzkurse, Fortschrittkurse beginnen. 45/19*

Klavierschule, Harmonium, Violinen, Mandolinen, Gitarre, Zitherschule, Ackerstraße 69, Bernhalmerstraße 81, Schönhauserallee 120. 1978

Mandolinenspiel, Gitarren-, Lautenspiel, Steinmetzstraße nur perfekten Ausbildung 20.— Mark Monatshonorar. (Schriftliche Schnellkurse.) Erlernmöglichkeit billigst. Klavier, Violin - Schnellkurse. Ernst, Oranienstraße 165. 1742*

März beginnt Lehrgang Kurzschrift, Maschinenschreiben, Kaufmännische Privatschulen Ludwig Rösner, Inhaber Ernst Rösner, Neue Promenade 3 (Börsenbahnhof), Spittelmarkt 1 (Spittelmarkt).

Stenographie, Schreibmaschine 40.—, landwirtschaftl. Buchführung 50.—. Holles Lehrinstitut, Potsdamerstr. 116a.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, langjährige Erfahrung, erfolgreiche, gewissenhafte Behandlung. Damen, Frau Feldmann, ärztl. ausgebildet, gruchtstraße 35, vorn III. (Nähe Schlesischer Bahnhof.) 1029

Vertrauensvolle Untersuchung erfahrene Hebamme, Witwe Kuhnert, Pallasstraße 10 11 (Potsdamerstraße). 1598*

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhafte Behandlung, Frau Jancke, ärztl. geprüft, Glogauerstraße 32, Seitenflügel part. (Schlesischer Bahnhof). Auch Sonntags. 1288

Vertrauensvolle Auskunft, diskrete, gewissenhafte Behandlung, Damen, Sonntag auch, Frau Schmidt, ärztlich ausgebildet, Lange Straße 4, vorn III links. Nähe Schlesischer Bahnhof und Jannowitzbrücke. 1098*

Erfolgreiche Auskunft, Frau Rachlowska, Große Frankfurter Str. 140. *

Gäste, Berlinerzimmer unentgeltlich Oranienstraße 139.

Kunstkupferstich, Große Frankfurterstraße 67. 717*

Vertrauensvolle Auskunft, Arzt zur Stelle, Hebamme Onck, Neue Königstr. 87 (Alexanderplatz). 1028

Zellulosewäsche repariert Heinrich, Rodenbergstraße 54.

Damenwäsche repariert Born, Reichenbergerstraße 7.

Nähmaschinen für Kunstfeder, Wille, Birkenstr. 53.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Reisedamen für Privat und Mücke, hohen Verdienst, sucht Kaffeeversandgeschäft, Blumenstraße 27. 717

Botenfrauen sucht sofort Zeitungs-Zentrale (A. Z.) Aktiengesellschaft, SW. 19, Jerusalemerstraße 5/6. 17*